

Union dringt auf Verbot von Killerspielen

Niedersachsen und Bayern planen Bundesratsinitiative · Reaktion auf Amoklauf in Schule · SPD-Politiker für Internetpolizei

VON ANDRE TAUBER, BERLIN

Nach dem Amoklauf im nordrhein-westfälischen Emsdetten fordern Unionspolitiker ein Verbot gewaltverherrlichender Computerspiele. Bayern und Niedersachsen kündigten eine Bundesratsinitiative für das Frühjahr 2007 an. „Killerspiele gehören in Deutschland verboten“, sagte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU). Politiker forderten auch eine stärkere Polizeiüberwachung des Internets.

Die Diskussion über ein Verbot bestimmter Computerspiele ist nicht neu. Bayern hat in der Frage mehrere Anläufe gestartet. Zuletzt nach dem Amoklauf im Erfurter Gutenberg-Gymnasium 2002. Auch die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, ein Verbot zu prüfen. Damals wurde aber nur beschlossen, Altersempfehlungen der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) verbindlich zu machen.

Nach Angaben des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann (CDU) soll ein Verbot die Verbreitung und die Herstellung von Killerspielen umfassen. Ein Gremium in staatlicher Hand soll hierüber wachen. Bereits im Frühjahr 2007 wollen die Unions-Bundesländer einen Gesetzentwurf in die Länderkammer einbringen.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Wolfgang Bosbach, forderte die Bundesregierung auf, nun selbst ein Verbot auf die Agenda zu setzen. Der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz hingegen äußerte Zweifel, dass es künftige Gewalttaten verhindern könne. FDP, Grüne und Linkspartei lehnten ein Verbot ab.



Die Schule in Emsdetten und die Tatwaffen: Die Vorderlader (o. und M.) können ohne Erlaubnis erworben werden, die dritte Waffe besaß Sebastian B. illegal



Wiefelspütz forderte, die Polizei solle das Internet stärker kontrollieren. „Die Polizei muss auch im Internet Streife gehen“, sagte er der FTD. Zugleich forderte er Online-Präventionsprogramme. Die stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Katharina Reiche (CDU) verlangte, Anbieter von Onlineangeboten zu verpflichten, die Polizei bei verdächtigen Inhalten zu informieren. Die Politiker beziehen sich darauf, dass Sebastian B. in Internetforen auffällig geworden war.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bezeichnete eine stärkere Überwachung des Internets als wirklichkeitsfremd. „Wir haben viele kranke Sachen im Internet. Da müssten wir Millionen Internetseiten auf den Wahrheitsgehalt überprüfen“, sagte der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg der FTD.

Die Polizei fahndet nach Mitwissern der Tat. „Wir klären ab, ob noch andere Personen beteiligt waren“, sagte ein Sprecher. Auch Mitwirkende in den Gewaltvideos des Amokläufers sollen befragt werden.

Sebastian B. hatte für seine Tat ein Kleinkalibergewehr und zwei historische Vorderladerwaffen benutzt. Mit einem Schuss aus einem dieser Vorderlader hatte er sich selbst getötet. Die Vorderlader, die mit Schwarzpulver und Bleikugeln geladen werden, sind frei käuflich. Für das Kleinkalibergewehr hinge-

gen ist ein Waffenschein notwendig. Wie Sebastian B. an die Waffe kommen konnte, ist noch ungeklärt. Die Staatsanwaltschaft Münster hat Hinweise darauf, dass er alle drei über das Internet besorgt hatte.

Sicher dagegen scheint, dass das schnelle Handeln der Polizei Schlimmeres verhütete. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) lobte in Emsdetten den Einsatz. „Man kann davon ausgehen, dass dies dazu geführt hat, dass der Täter keine Kinder in seine Gewalt bringen konn-

te.“ Seit der Tat von Erfurt gilt die Anweisung, dass bei einem Amoklauf sofort eingegriffen werden soll, ohne auf Verstärkung zu warten.

Sebastian B. hatte am Montag die Geschwister-Scholl-Realschule in Emsdetten überfallen und wahllos um sich geschossen. Mehr als 30 Menschen wurden verletzt, drei davon schwer.

LEITARTIKEL | Seite 31

 [WWW.FTD.DE/DEBATTE/96](http://www.ftd.de/debatte/96)
Killerspiele verbieten?

DPA

Hälfte der Deutschen lehnt Kampfeinsätze ab

Knapp die Hälfte der Deutschen lehnt Kampfeinsätze der Bundeswehr – auch mit Uno-Mandat – ab. 49 Prozent der jungen Menschen und 44 Prozent der Gesamtbevölkerung stimmten friedens erzwingenden Maßnahmen mit einem Mandat der Vereinten Nationen nicht zu, heißt es in einer gestern vom Verteidigungsministerium verbreiteten Studie. Doch hängt die Zustimmung vom Einsatz ab. 68 Prozent der Bevölkerung befürworten die deutsche Beteiligung an dem Antiterrorkampf „Enduring Freedom“ – einem Kampfeinsatz ohne Uno-Mandat. Dagegen stimmen nur 52 Prozent für die Beteiligung an dem friedenssichernden Einsatz der internationalen Schutztruppe für Afghanistan mit Uno-Mandat. Den EU-Kongo-Einsatz – auf Biten der Uno – unterstützen 47 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Müntefering wirbt für neuen Kombilohn

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) hat gestern in die Verhandlungen der Großen Koalition zur Reform des Arbeitsmarktes das Konzept der negativen Einkommenssteuer eingebracht. In einer Vorlage für die Beratungen schlägt der Minister entsprechend den Vorschlägen des Sachverständigen Peter Bofinger vor, dass Alleinstehende mit bis zu 750 € und Paare mit bis zu 1300 € Lohn ihren Anteil der Sozialabgaben durch eine Steuergutschrift ersetzt bekommen. Unklar ist noch, ob die Union das Modell mitträgt. Die hat ihr eigenes Kombilohnkonzept.

BIRGIT JENNEN

Mit Gewalt zum erfolgreichen Spiel

► Wer von Gewaltspielen spricht, meint meist sogenannte First-Person-Shooter oder Ego-Shooter, also Spiele, in denen mit einem umfangreichen Waffenarsenal aus der Ichperspektive heraus unzählige virtuelle Gegner ausgeschaltet werden. Dieses Genre ist fast so alt wie Heimcomputer. „Doom“ erschien 1993, gilt aufgrund des kommerziellen Erfolgs als die Mutter von Spielen dieser Art und hat inzwischen viele Nachahmer gefunden. Sie funktionieren alle nach demselben Muster: In einem La-

byrinth müssen alle Gegner erledigt werden, ohne dass man dabei selbst getötet wird. Das einfache Spielprinzip sorgt nicht nur für einen schnellen Zugang, sondern auch für reißende Absätze. Inzwischen haben sich sogar Profiligen gebildet, in denen Gamer via Computernetzwerk gegeneinander antreten und um hohe Preisgelder spielen. Obwohl sich Gewaltspiele gut verkaufen, nimmt die Anzahl der entsprechenden Titel nur einen kleinen Teil im Portfolio der Verleger ein. Fast alle großen Unternehmen setzen eher auf familienaugliche Games – Ego-Shooter sind Nischenprodukte. Jedoch haben sie eine solide Fanbasis. GERD BLANK

Weltökonom Steinbrück

Zum Auftakt der Haushaltswoche herrscht gute Laune auf der Regierungsbank. Vor allem der Finanzminister fühlt sich wohl

BIRGIT MARSHALL

Zu keinem kommt die Kanzlerin an diesem Morgen so häufig wie zu Peer Steinbrück. Dreimal wendet sich die Regierungschefin an ihren Finanzminister, der in diesen ersten Stunden der Haushaltsdebatte im Bundestag als Einziger auf der Regierungsbank festzukleben scheint. Jedes Mal gehen Angela Merkel und Peer Steinbrück lächelnd wieder auseinander.

Der Aufschwung ist da, die Steuereinnahmen sprudeln, und sogar die Sockelarbeitslosigkeit bröckelt. In der Regierungsriege gönnt man sich also ein wenig gute Laune, lehnt sich entspannt zurück und stellt beides bewusst zur Schau. Die Protagonisten dieser Haushaltswoche – Merkel und Steinbrück – haben ihre Rollen gefunden: Sie mimt die charmante Moderatorin einer in ihrem ersten Jahr durchaus erfolgreichen Regierung, er gibt den selbstbewussten Weltökonom.

Gerade ist er von einer längeren Auslandsreise zurückgekommen,

die ihn nach Australien und auf die arabische Halbinsel geführt hat. Dort hat er die „ungeheure Dynamik“ wahrgenommen, mit der sich andere Weltregionen anschickten, Milliarden zu investieren und Kapitalströme umzulenken. Ein „fataler Fehler“ sei es, würde Deutschland diese Entwicklung verkennen und an seinen gewohnten Strukturen festhalten, mahnt Steinbrück. Es klingt, als ginge er nicht davon aus, dass im Plenum viele über den Tellerrand hinausschauen können.

Die Kritik der Opposition, die Regierung sonne sich unverdient, perlt an ihm ab. Niemand in der Koalition nehme diesen Aufschwung allein für sich in Anspruch, „aber ganz unbeteiligt ist diese Regierung auch nicht“, betont Steinbrück – Merkel nickt ein, zwei Mal energisch. „Managementqualitäten“ habe die Regierung bewiesen – indem sie etwa nicht nur gespart, sondern auch ein Wachstumsprogramm aufgelegt habe. Nun sei auch die Binnenkonjunktur angesprungen, die Steinbrück im Ökonomen-Jargon „die anderen vier Zylinder unserer sechszylindrigen Volkswirtschaft“ nennt.

In der Opposition nimmt Steinbrück nur die Grünen-Haushaltsexpertin Anja Hajduk ernst. Ihrem Hinweis, die Konjunktur dürfe für die Koalition kein „Wärmeofen“ sein, pflichtet er gerne bei.



Euler Hermes: Wir helfen, Ihr Unternehmen auf Kurs zu halten.



EULER HERMES
Kreditversicherung

Schutz vor Forderungsausfall

- + Als Euler Hermes Kreditversicherungsgruppe geben wir Ihnen Sicherheit in allen Bereichen des Forderungsmanagements.
- + Wir prüfen die Bonität Ihrer Kunden auf Basis der Daten von über 40 Millionen Firmen – weltweit.
- + Wir garantieren umfassenden Versicherungsschutz für Ihre Forderungen.
- + Sie kommen im Schadenfall sicher und ohne Umwege an Ihr Geld.

WIR GEBEN IHNEN SICHERHEIT

Ein Unternehmen der Allianz  – [WWW.EULERHERMES.DE](http://www.eulerhermes.de)